

## **V-50** Unser Europa der offenen Grenzen

Gremium: KV Warendorf KMV  
Beschlussdatum: 01.10.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Zurückgezogen

### **Antragstext**

1 Europa schützt unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, macht unser Leben  
2 sicherer und freier, sichert soziale Gerechtigkeit und nachhaltige  
3 Lebensqualität. Das Europa der offenen Grenzen und der Freundschaft war die  
4 konsequente und richtige Antwort auf den Faschismus und zwei Weltkriege, in  
5 denen Deutschland Leid und Tod über die Welt gebracht hat.

6 Deswegen setzen wir Grüne uns ein für eine Europäische Union, in der wir ohne  
7 Grenzkontrollen reisen, an der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können  
8 und in der die Rechte aller gegen Ausgrenzung und Diskriminierung geschützt  
9 werden. Deswegen unterstützen wir die Ukraine bei ihrem Kampf gegen den  
10 russischen Angriffskriegs solange, bis alle russischen Truppen die Ukraine  
11 verlassen haben und die Unverletzlichkeit der ukrainischen Grenzen  
12 sichergestellt sind.

13 Flucht und Migration sind angesichts von Kriegen, Klimakatastrophe und  
14 Artenkollaps eine historische und globale Realität, vor der wir jetzt und  
15 zukünftig nicht die Augen verschließen können. Die Zahl der Vertriebenen hat  
16 sich weltweit in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die übergroße Mehrheit der  
17 Menschen flieht innerhalb des eigenen Landes oder in die angrenzenden Regionen.  
18 Doch die Auswirkungen der steigenden Fluchtzahlen merken wir auch in Europa.

19 Wir stellen uns der Verantwortung, den Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen  
20 müssen, helfend zur Seite zu stehen. Dabei stellen wir Humanität und  
21 Menschenrechte in den Vordergrund. Wir lehnen Abschottung und Zäune ebenso ab  
22 wie Abkommen mit und Abschiebungen in autoritäre Regime wie Syrien und  
23 Afghanistan.

24 Wir sehen in den aktuellen Diskussionen zur Migrationspolitik einen Widerspruch  
25 zu den Werten der Menschenrechte, die wir Grünen stets hochgehalten haben.  
26 Vielerorts werden auch an Europas Grenzen und in EU-Staaten Menschenrechte von  
27 Geflüchteten verletzt, die Missachtung von EU Recht ist in der Asylpolitik  
28 Alltag geworden. Das hat nicht für Ordnung und Struktur, sondern für mehr Chaos  
29 und Leid gesorgt. Das Dublin-System ist ungerecht und wird den aktuellen  
30 Herausforderungen nicht gerecht.

31 Wir Grüne kämpfen für eine EU, die gemeinsam mit ihren Mitgliedsstaaten den  
32 Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie die humanitären und  
33 völkerrechtlichen Verpflichtungen wie die UN-Flüchtlingskonvention einhält.  
34 Deswegen lehnen wir Grünen jede weitere Verschärfung von Asylregelungen ab. Wir  
35 fordern die Bundesregierung auf, die Kontrollen der deutschen Grenze sofort  
36 einzustellen, da diese sowohl von ExpertInnen als auch von den  
37 Sicherheitsbehörden als nutzlos bewertet worden sind und der gesamteuropäischen  
38 Wirtschaft Schaden zufügen.

39 Die von den Regierungen in Europa in den letzten Monaten getroffenen Maßnahmen  
40 an innereuropäischen Grenzen leisten auch keinen Beitrag, die Sicherheit zu  
41 verbessern und den Kampf gegen den islamistischen Terror erfolgreich zu führen.  
42 Die Antwort des schrecklichen islamistischen Terroranschlag in Solingen darf  
43 nicht darin bestehen, den Rechtsstaat zu schleifen. Stattdessen gilt es nun, die  
44 Instrumente einzusetzen und zu fördern, die von ExpertInnen seit Jahren  
45 gefordert werden.

46 Durch eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und  
47 Nachrichtendiensten wollen wir eine starke europäische Antwort auf die  
48 grenzüberschreitenden Bedrohungen durch Kriminalität und Terrorismus geben. Wir  
49 Grünen schlagen deshalb die Gründung einer Europäischen Nachrichtendienstagentur  
50 vor und die von uns seit Jahren geforderte europäische Gefährderdatei darf nicht  
51 weiter verzögert werden.

52 Eine humane und zukunftsorientierte Flüchtlingspolitik setzt auf Integration und  
53 bietet den Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, echte Perspektiven. Die  
54 Integration von Geflüchteten in unserem Land ist eine Erfolgsgeschichte, was  
55 sich allein an der großen Zahl der Menschen ablesen lässt, die in den  
56 Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Deutschland ist auf die Zuwanderung von  
57 Netto 400.000 Arbeitskräften pro Jahr angewiesen. Deswegen setzen wir Grüne uns  
58 dafür ein, die Arbeitsverbote für Geflüchtete zu streichen, denn Arbeit ist der  
59 beste Weg zur Integration. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete in  
60 Ausbildung oder Arbeit unbürokratisch einen gesicherten Aufenthaltstitel  
61 erhalten können, um angstfrei in Deutschland leben zu können.

62 Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass die Kommunen bei der Bewältigung ihrer  
63 Aufgaben bei der Integration von Geflüchteten ausreichend ausgestattet werden.  
64 Die Unterstützung durch ehrenamtliches Engagement ist für die Bewältigung der  
65 Integrations-Herausforderung von außerordentlicher Bedeutung und muss daher  
66 verlässlich und dauerhaft durch öffentliche Förderung abgesichert werden.

67 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und  
68 rechtsstaatliche Asylverfahren. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass sie dabei  
69 Zugang zu unabhängigen Asylberatungen haben, um ihre Rechte zu kennen und  
70 durchzusetzen. Der Rechtsweg gegen ablehnende Entscheidungen muss immer  
71 offenstehen. Justiz und Sicherheitsbehörden sind mit den notwendigen  
72 finanziellen und digitalen Ressourcen auszustatten, so dass Asylverfahren  
73 rechtssicher und ohne Verzögerungen durchgeführt werden können.

74 Wir Grünen lehnen die Durchführung von beschleunigten Grenzverfahren ab, da  
75 diese einen systematischer Freiheitsentzug für die Dauer des Verfahrens  
76 erforderlich machen. Dieses Vorgehen allein aufgrund eines Asylantrags  
77 widerspricht der Genfer Flüchtlingskonvention. Zudem zeigen die bisherigen  
78 Erfahrungen mit Aufnahmelagern und Transitzone an den EU-Außengrenzen, dass  
79 eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung sowie Zugang zu  
80 Rechtsberatung unter diesen Bedingungen in der Regel nicht gewährleistet ist.